
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59175

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

allemands bien informés« (p. 179) d'avoir exercé des fonctions importantes dans l'appareil du SED. Non seulement on ne donne aucune précision sur »ces milieux bien informés« mais une note précise: »cette information n'est pas vérifiable« (p. 181, n. 29). Le PDS est accusé à deux reprises de compter parmi ses membres à Berlin une proportion considérable de collaborateurs de la STASI, »en chiffres ronds 30%« (p. 445 et p. 452). A l'appui de cette affirmation l'auteur invoque »une source interne«, des »estimations« extrêmement floues (note 27, p. 453).

L'emploi des termes n'est pas toujours très rigoureux. L'auteur explique qu'au sein de la section berlinoise des tendances s'affrontent, que les partisans de la ligne Gysi-Modrow-Brie, »traditionnalistes«, s'opposent aux »réformateurs« (p. 45). Or ces »réformateurs« ont applaudi au putsch en Union soviétique (p. 428), tandis que les »traditionnalistes« se prononçaient sans équivoque contre tout »développement réactionnaire néostalinien«.

Etait-il indispensable de dénigrer ainsi le PDS? Sûrement pas. Moreau fournit de nombreux faits à l'appui de son affirmation que le parti ne pourra sans doute se maintenir dans le contexte politique de la RFA, même si les dernières élections municipales berlinoises (1993) ont paru démentir le déclin accéléré que l'auteur prédisait.

Gilbert BADIA, Paris

Manfred SPIEKER (Hg.), Friedenssicherung. Bd. 4: Die Neuordnung Europas, Münster (Regensburg) 1991, 155 S.

Band 4 der von dem Professor für Christliche Sozialwissenschaften herausgegebenen »Friedensgespräche« umfaßt eine Sammlung der im Rahmen der Osnabrücker Friedensgespräche 1989/90 gehaltenen Vorträge von Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft und Kirche. Die Beiträge befassen sich sowohl mit den Voraussetzungen der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 als auch mit den durch diese bzw. die Veränderungen in Ostmittel- und Osteuropa geschaffenen Perspektiven für eine »Neuordnung Europas«. Angesichts des Wandels im ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich ist der Band, wie SPIEKER in seinem Vorwort hervorhebt, geprägt von einem Überschuß »an Dankbarkeit, Zuversicht und Hoffnung« (S. 12). Aus der zeitlichen Distanz heraus ist zu fragen, inwieweit sich die damaligen Erwartungen erfüllt haben.

Nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben die Aussagen des Historikers und früheren Beraters von Präsident Gorbatschow, DASCHITSCHEW. Seine Bestandsaufnahme der inner-sowjetischen Krise vom Herbst 1990 – vor dem Putsch vom August 1991, dem Präsidentenwechsel und dem Auseinanderfallen der Union – dürfte gegenwärtig nur wenig anders ausfallen. Daß sich bisher die Hoffnungen nicht erfüllt haben, die Daschitschew in den »konsequenten, zielstrebigem« und willensstarken Boris Jelzin sowie den »Druck der Bevölkerung« (S. 43) setzte, um der Perestrojka endgültig zum Durchbruch zu verhelfen, führt deutlich vor Augen, daß eine starke Führungspersönlichkeit allein nicht ausreicht, einen Reformprozeß durchzusetzen und Widerstände dagegen zu überwinden. Daschitschews Vorwurf, Gorbatschow trage wegen mangelnder Konsequenz »die Hauptschuld« an der Wirtschafts- und Versorgungsmisere, muß wohl relativiert werden – ebenso wie die Vorstellung, daß ein deutlich entgegenkommendes Verhalten der NATO-Staaten geeignet sein könnte, den Konservativen und Militärs in Moskau »die Trümpfe aus der Hand ... zu streichen« (S. 37).

Auf die Gefahren wachsender nationalistischer Bestrebungen in westlichen Staaten und Ostmitteleuropa weisen W. LINK und der polnische Senator STOMMA hin, der als unabhängiger christlicher Abgeordneter im Sejm bereits vor dem Umbruch in Polen in Westeuropa bekannt wurde. Was Ende 1990 nur als mögliche Bedrohung des Friedens in Europa erschien, hat mittlerweile grausame Realität angenommen. Hilflös steht die Staatengemeinschaft den blutigen Nationalitätenkonflikten im ehemaligen Jugoslawien gegenüber; die anhaltenden

Kämpfe in Teilen der früheren UdSSR werden im Westen kaum noch wahrgenommen. Die Ausschreitungen gegen Ausländer in Deutschland bestätigen einerseits die von Stomma beobachteten nationalistischen Bestrebungen; andererseits wurde aber auch deutlich, daß weite Teile der Bevölkerung nicht bereit sind, dies zu tolerieren. Vor diesem Hintergrund erhielt auch ein Problem Aktualität, dem der frühere Bundespräsident Carstens im Rahmen der Friedensgespräche 1990 seine Überlegungen zuwandte: der Werte- und Sinnverfall in der Gesellschaft.

Der spezifisch deutschen Situation sind die übrigen Beiträge gewidmet. Die Bischöfe LEICH und FORCK wenden den Blick zurück und heben den Anteil der Kirche an der Wende in der DDR hervor. Unbestreitbar bildeten die Kirchen das Schutzdach und die Sammelpunkte für jene Gruppen, die schließlich gegen das Regime aufbegehrt und es zu Fall brachten. Stärker in den Vordergrund getreten ist aber inzwischen die von Bischof Forck angesprochene Frage der Verstrickung der Kirchen mit dem SED-Staat.

Der sächsische Wissenschaftsminister MEYER sucht Verständnis für die Befindlichkeiten in den neuen Ländern zu wecken. Seine Aussagen über die mit dem Wegfall der »Selbstverständlichkeiten des bisherigen Lebens« (S. 97) – etwa der Sicherheit des Arbeitsplatzes – verbundenen Probleme in den östlichen Teilen des Landes haben bislang nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt, ebenso wenig seine Mahnung an die »alten« Bundesbürger, den Prozeß des Zusammenwachsens aktiv zu fördern.

Der Rolle Deutschlands in der Welt wendet sich schließlich der frühere italienische Botschafter in der Bundesrepublik in seiner Festansprache zum Tag der Einheit am 3. 10. 1990 zu. FERRARIS weist darauf hin, daß Deutschland als Großmacht lernen müsse, was »Leadership« bedeute, und mahnt: »Groß und reich und frei zu sein darf keinen Vorwand bieten, um sich der Verantwortung zu entziehen« (S. 123). Die aktuelle Diskussion um die »Scheckbuch-Diplomatie« zeigt, daß hier noch einiges zu leisten ist.

Mechthild LINDEMANN, Bonn